

Juli, 2015

## Positionspapier

### BDI-DIHK-BDA-BGA-Grundsatzposition zum Umgang mit der Einstufung chemischer Stoffe und deren Rechtsfolgen

Die europäischen Einstufungs- und Kennzeichnungsvorschriften für gefährliche Stoffe und Gemische haben eine lange Entwicklung durchlaufen. Anfangs dienten sie als einfaches Warninstrument zum Schutz vor Fehlanwendungen. Seither haben sie sich mit der Aufnahme von Langzeitwirkungen und Umweltauswirkungen zu einem umfassenden und komplexen Regulierungs- und Informationsinstrument entwickelt. Durch die EU-Übernahme des Globalen Harmonisierten Systems der Vereinten Nationen (GHS) über die CLP-Verordnung<sup>1</sup> wurde dies noch einmal verstärkt.

Die neuen Einstufungskriterien weichen teils deutlich von den bisherigen Vorgaben ab. Insofern hat sich die Bezugsbasis für eine Vielzahl von Rechtsakten verschoben, die unmittelbar und automatisch an Einstufungen anknüpfen, zudem fielen frühere Optionen für Ausnahmeregelungen weg. Damit ändern sich regulatorische Konsequenzen aufgrund rein formaler Vorgaben, selbst wenn die Bewertung der Gefährlichkeitsmerkmale eines chemischen Stoffes unverändert bleibt. Daraus können kostenträchtige Nachrüstungen bei Anlagen resultieren. Hier bleibt jedoch oft unbeachtet, dass die Einstufungskriterien auf intrinsischen Stoffeigenschaften basieren ohne Angabe von oder Differenzierung nach Expositionssituationen. Dadurch ist vor allem im Immissionsschutz- und Störfallrecht, aber auch in anderen Rechtsbereichen wie Arbeitsschutz und Produktsicherheit ein ungerechtfertigter Automatismus zwischen der verschärfte CLP-Einstufung und der Anordnung von Maßnahmen entstanden, ohne dass hinreichend geeignete Risikobetrachtungen erfolgen.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie**

**Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeber-  
verbände**

**Deutscher Industrie- und  
Handelskammertag**

im Haus der  
Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

**Bundesverband  
Großhandel,  
Außenhandel,  
Dienstleistungen  
(BGA) e. V.**  
Am Weidendamm 1 A  
10117 Berlin

<sup>1</sup> (EG) Nr. 1272/2008, CLP: Classification, Labelling and Packaging = Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung

Zunehmend betreffen Legaleinstufungen auch Stoffe mit sehr breiten Anwendungsspektren, so dass automatische Rechtsfolgen tief in die Lieferketten hineinwirken und insbesondere KMU vor extreme Herausforderungen stellen. Aktuell sieht eine ganze Reihe solcher Stoffe einer schärferen Einstufung entgegen mit besonders gravierenden Folgen in Deutschland aufgrund der zusätzlichen spezifischen Rechtsfolgen. Letztere sind daher auf Verhältnismäßigkeit und Risikorelevanz hin abzuprüfen und neu auszujustieren. Dies betrifft insbesondere bereits umfassend regulierte Sachverhalte und solche Stoffe, bei denen Schwellenwerteffekte gegeben sind, wie beispielsweise bei bestimmten kanzerogenen Stoffen. Hier können aus dem schwarz-weiß-strukturierten Einstufungsrecht besonders stark überzogene Anforderungen resultieren.

Die deutsche Wirtschaft stellt das etablierte System zur Einstufung und Kennzeichnung nicht in Frage. Jedoch ergeben sich aus den angeführten kritischen Rechtsfolgen von Einstufungsentscheidungen folgende grundsätzliche Forderungen:

- Einstufungsentscheidungen dürfen nicht zu einem schleichenden Abbau der stofflichen Basis für die deutsche Wirtschaft führen. Insofern dürfen die Einstufung und ihre Folgen nicht jeweils isoliert betrachtet werden. Die nachgelagerten automatischen Rechtsfolgen in anderen Bereichen müssen im Gesamtkontext bewertet und erforderlichenfalls ganz, zumindest aber terminlich entkoppelt werden, um ganzheitliche risikoorientierte Betrachtungen differenziert erarbeiten zu können. Hierfür ist eine zusätzliche Übergangszeit regulatorisch zu verankern. Die terminlichen Fristen aus der CLP-Verordnung sollten somit künftig bei Änderungen von Stoffeinstufungen nur für die Anpassungen des nationalen Stoffrechts gelten. Weitergehende Umsetzungen wie z. B. in der TA Luft sollten zumindest mit dieser o. g. Übergangsfrist verbunden sein. Berücksichtigt werden müssen dabei Expositionswahrscheinlichkeiten, wie die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ereignisses unter Beachtung physikalischer Eigenschaften wie Aggregatzustand oder Flüchtigkeit. Das deutsche Recht ist grundsätzlich an die veränderte Einstufungsgrundlage nach CLP-Verordnung anzupassen.
- Das europäische Chemikalienrecht hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert, dementsprechend sind auch auf EU-Ebene die Rechtsfolgen der Einstufung grundsätzlich nachzujustieren. In allen betroffenen Rechtsbereichen ist eine EU-Harmonisierung geboten. Zudem ist die Situation im Arbeitsschutz, dass EU-weit harmonisierte Einstufungen national unterschiedliche Arbeitsschutzregelungen auslösen, inkonsistent und auf EU-Ebene anzugehen. Das europäische Chemikalienrecht darf keine Umweltziele in anderen Bereichen wie z. B. der Kreislaufwirtschaft (Recycling) oder dem Klimaschutz konterkarieren.
- Bei jeder einzelnen Neueinstufung muss zunächst eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Anwendungsfälle mit Bewertung des jeweiligen Risikos erfolgen. Sofern das Risiko als beherrscht gelten kann, ist keine weitere Regulierung erforderlich (Beispiel: rein industrielle Anwendung bei gewährleistetem Umwelt- und Arbeitsschutz). Falls dies nicht vorausgesetzt werden kann, muss im Vorfeld der regulatorischen Umsetzung eine sozio-ökonomische Bewertung der in Betracht kommenden Anwendungsfelder

und denkbaren Risikominderungsmaßnahmen erfolgen. Hierzu gehört die grundsätzliche Prüfung der Umsetzbarkeit von Einstufungen und deren Rechtsfolgen auch außerhalb der direkten Folgen unter dem CLP- und REACH-Regime. Anderenfalls wäre seitens einer Vielzahl von Unternehmen, insbesondere KMU, unmittelbare Rechtskonformität nicht herstellbar.

- Die Wirtschaft ist in die ressortübergreifende Prüfung der Rechtsfolgen von neuen Einstufungsentscheidungen einzubeziehen. Hier sind die Verpflichtungen der Bundesregierung zur Rechtsfolgenabschätzung aus ihrer gemeinsamen Geschäftsordnung bzw. der EU-Kommission aus den Impact Assessment Guidelines<sup>2</sup> zu beachten. Ferner sind Lösungsmöglichkeiten für diesen Problembereich im Kontext des REFIT-Programms zu prüfen.

---

<sup>2</sup> SEC (2009) 92